zeit der „nächsten Zeit" Löbes sind jetzt vier Jahre verflossen — hat jemand etwas von Löbes angekündigtem „Kampf und nicht Bündnis" seitens der SPD gemerkt? Im Gegenteil! In die vier Jahre fällt die Koalitionspolitik der Müller-Regierung, fällt dann die trotz des Fußtritts geübte Bündnispolitik der SPD gegenüber der Brüning-Regierung bis zu den Wahlen, fällt die Tolerierung der Brüning-Diktatur. Der Kniff Löbes, die Vertröstung auf die „nächste Zeit des Kampfes" galt der Beruhigung der rebellierenden SPD-Mitgliedschaft und der Erleichterung der SPD-Politik gerade des Bündnisses mit der Bourgeoisie, der Lakaiendienste, der ununterbrochenen Verrätereien.

Heute rebellieren die sozialdemokratischen Mitglieder wieder, ungleich stärker als 1927. Die Empörung wächst gewaltig an. Massenaustritte sind an der Tagesordnung. Und da, im Hinblick auf den Parteitag, schickt der Parteivorstand wieder Herrn Löbe vor und Löbe tut sein Bestes: er versucht erneut seinen alten Trick!

In dem Artikel „Eine neue Front der Partei?" behandelt er die zwei Hauptfragen des Parteitages: Die Wirtschaftskrise und den Faschismus.

Der Faschismus, schreibt Löbe, gibt sich legal, will in die „politische Vertretung des Kapitalismus", soll heißen in die Regierung, aufgenommen werden, aber das mindere die faschistische Gefahr nicht. Nach den Preußenwahlen, erklärt Löbe ahnungsvoll, kann sich die „Konstellation ändern", d. h. die SPD von der Bourgeoisie den Fußtritt bekommen. Da erklärt Löbe:

„Die Partei wird den Moment fest ins Auge fassen müssen, in dem der erste Teil der Abwehr, die parlamentarische Taktik, nicht mehr wirksam sein kann und sie sich mit allen ihren Vorbereitungen und Handlungen auf die Abwehr in der zweiten Form einstellen muß."

Genau so wie vor 4 Jahren in Kiel operiert Löbe auch jetzt! Die Partei „wird" keine „parlamentarische Taktik", sondern „Abwehr in der zweiten Form", also Kampf führen. Sie „wird", sie „wird" . . .

Zur Wirtschaftskrise schreibt dann Löbe, sie sei „eine Krise des Systems und es wird immer fraglicher, ob der Kapitalismus sie noch einmal überwindet". Deshalb fordert der Herr Reichstagspräsident erbarmungslos, jawohl, „einschneidende Aenderungen der Wirtschaftsweise" . . . daß „dieses System von einem höheren abgelöst werden muß . . ., daß die Zeit der planlosen Wirtschaft vorüber ist . . . neue Formen der gesellschaftlichen Produktion." Das klingt ‚radikal' nach Sozialismus und ist — nichts anderes als Hilferdings bankrotte Theorie vom „organisierten Kapitalismus", der „in den Sozialismus hineinwächst", und nichts anderes als jene Plakate Ebert-Scheidemanns „Der Sozialismus marschiert!" von 1918, neben denen die Maschinengewehre der Noskegarden Tod und Verderben in die Arbeitermassen spien!

Löbes Schlagwort „Eine neue Front der Partei?" ist eigens vom Parteivorstand bestellt. Sie hat den Zweck, unter den empörten sozialdemokratischen Arbeitern Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Aenderung der SPD-Politik zu erwecken und sie einzulullen.

Nicht nur das! Löbe hat mehr im Auge. In seinem Artikel, so zwischen den „radikalen" Phrasen versucht er, scheinbar nebenbei, die SPD-Arbeiter direkt für die Politik des Parteivorstandes zu gewinnen. Er schreibt z. B.:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat durch eine Frontveränderung nach dem 14. September, deren Notwendigkeit rasch erkannt wurde und deren Durchführung glänzend gelang, schweres Unheil vorerst abgewendet."

Wie Löbe in Kiel Severing das Stichwort gab, so gibt er es auch diesmal dem Parteivorstand für Leipzig. Mit der Fragezeichen-Losung „Eine neue Front der Partei?" soll die Linksstimmung der sozialdemokratischen Proletarier aufgefangen und in das Bett der verbrecherischen Parteivorstandspolitik geleitet werden.

Und dazu — auch das ist von entscheidender Bedeutung — hat Löbes Parole den Zweck, den patentierten „linken" SPD-Führern, den Rosenfeld, Seydewitz und Kleineidst, das Stichwort zur Unterstützung dieses Betruges zu liefern. Schon kann man z. B. in der gestrigen Nummer der „linken" Volkszeitung für die Oberlausitz (Kleineidsts Organ) lesen:

„Wir glauben, der . . . Artikel des Genossen Löbe hat Anspruch auf besondere Beachtung, fordert er doch zudem nicht mehr und nicht weniger als die grundsätzliche Korrektur der bis jetzt getriebenen Tolerierungspolitik. Diese Mahnung hat um so größeres Gewicht, als der Genosse Löbe die Ansicht vertritt — die wir bekanntlich nicht teilen —, daß die bisherige Taktik von dem beabsichtigten Erfolg gekrönt war, daß sie nunmehr aber versagen muß. Wenn der Parteitag sich auf dieser Linie treffen könnte, so schiene uns eine Einheitsfront auch in der taktischen Auffassung — unter Beiseiteschiebung vergangener Differenzen — bei gutem Willen von beiden Seiten nicht schwer erreichbar."

So schwenken die „linken" Helden ein! Kleineidst schwindelt, daß Löbe grundsätzliche Aenderung der Tolerierungspolitik fordert — Löbe fordert das nicht grundsätzlich (und die „Linken" übrigens auch nicht), sondern phantasiert davon für eine nebelhafte, zukünftige Zeit. Der Kernpunkt ist, daß Kleineidst und die anderen „linken" SPD-Führer Löbes Tricklosung als Mittel zum offenen Zusammenspiel mit dem Parteivorstand nehmen. Um Löbe geschart, können sich Wels und Seydewitz, Heilmann und Graf in den Armen liegen.

Das ist Löbes „neue Front der Partei", nämlich die alte Front der rechten und „linken" Führer, einig im Volksverrat und Arbeiterbetrug.

Sozialdemokratische Arbeiter, ihr aber wollt wirklich und ehrlich eine neue Front, statt der alten des Panzerkreuzers, der Notverordnung und der Tolerierung, die neue des Klassenkampfes. Erkennt, daß es eine neue Front der Partei, die Löbe meint, der SPD, nicht gibt, nicht geben wird, nicht geben kann. Die neue Front ist nur die rote Einheitsfront Seite an Seite mit den Kommunisten, mit der Partei, die als einzige das Bündnis mit den Ausbeutern ablehnt und den ernsthaften Kampf gegen Hunger und Faschismus organisiert und leitet.

Standrecht gegen Streikende

Madrid, 27. Mai. (TU)

Wie aus Barcelona gemeldet wird, ist in dem Kalibergwerk **Suria ein Streik ausgebrochen**, der sehr ernsten Charakter angenommen hat.

Unter **kommunistischer Führung** schlossen die Streikenden die Gruben und nahmen gegenüber den Direktoren eine drohende Haltung ein. Die Direktoren mußten flüchten. Der Gouverneur ließ **Zivilgarde einziehen**. Die Regierung **verhängte das Standrecht.**

Einheit von SPD bis Nazi in Aachen

Nationalistischer Rummel für Kolonialausbeutung, gegen die UdSSR

Zu Pfingsten veranstaltete der chauvinistische, reaktionäre Verband der Auslandsdeutschen in Aachen eine wichtige Tagung. In trauter „Volksgemeinschaft" fanden sich unter schwarzweißroten Fahnen **alle Parteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten zusammen**, um ihre Sympathie für die **imperialistischen** Interessen der Bourgeoisie zu demonstrieren. Außer der Proklamierung der **Forderungen Deutschlands nach Kolonialbesitz durch den VdAD** stehe in der gefaßten Entschließung folgender bedeutsamer Absatz: **„Sowjetrußland. Sofortige Schritte zur Rettung der in Massen Entmurzelten, in das Verbannungsleben getriebenen Volksgenossen."**

Die großkapitalistische Kölnische Zeitung bezeichnet die Praxis der „Volksgemeinschaft" als das „wichtigste" der Veranstaltung des VdAD und berichtet: **„Den „innenpolitischen" Schwerpunkt des Aachener Treffens bildete die Arbeitertagung, die heute, Pfingstmontag, im Kurhaus zusammentrat."**

In der Tat, die Reden des offiziell als Oberpräsident von der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, wie die des Nazijüngers und der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, waren alle ein Bekenntnis zu den imperialistischen Zielen des VdAD.

Der **Hauptreferent für die Sozialdemokraten** war der Polizeipräsident Dr. Meyer, der vor den kaiserlichen Generalen und Admiralen eine programmatische Erklärung für die reformistischen Gewerkschaften abgab, in der es hieß:

„Unsere Arbeiterbewegung nimmt an der diesjährigen Tagung des VdAD aktiven Anteil, wie sie gewillt ist, auch sonst die Tätigkeit des VdAD zu fördern. Bei der Zusammenarbeit mit dem VdAD sind für die Arbeiterschaft sicherlich Hemmungen gefühlsmäßiger Art zu überwinden, aber in der Geschichte der Arbeiterbewegung sind immer wieder solche Hemmungen überwunden worden. Wenn wir Kritik üben, dann mit dem positiven Willen zu fördern und zu bessern und nicht mit dem Wunsch, zu unterhöhlen und zu zertreten. Die Frage der Mitarbeit im VdAD ist von jetzt an nicht mehr eine offene Frage, sondern hinein in die Arbeit und die Hemmungen überwunden."

Dieser schändlichen Erklärung, in der Dr. Meyer den Verrat der Klasseninteressen des Proletariats durch die SPD-Führer als „überwindbar" von „gefühlsmäßigen Hemmungen" [illegible] los proklamiert, schloß sich der Bundessekretär des ADGB, Furtwängler, an, indem er betonte, daß seine Erfahrungen im VdAD die allerbesten seien, und daß **„die Mitarbeit am VdAD zu den sozialen und nationalen Bestandteilen des gewerkschaftlichen Kampfes gehören."**

Hier zeigt sich, daß der VdAD als Tummelplatz der imperialistisch-sozialdemokratisch-faschistischen „Volksgemeinschaft" gegen Sowjetrußland, für Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonialvölker ist. „Volksgemeinschaft" gegen Klassenkampf bedeutet Anerkennung der Unterdrückung der nationalen Minderheiten.

Das ist der wahre Charakter des VdAD. Nur durch den Klassenkampf, durch die soziale Revolution ist die nationale Befreiung möglich, die UdSSR ist dafür das geschichtliche Beispiel. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aus dem schändlichen Verrat der SPD-Führer die Konsequenz ziehen, die einzig Konsequenz, die den Zielen der Arbeiterklasse entspricht, [illegible] einer Partei, deren Führer die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, den Kampf gegen die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie, unter dem Beifall der chauvinistischen Meute über Bord werfen, kann ein klassenbewußter Arbeiter nichts geschaffen haben!

Den Kampf gegen den Imperialismus führt nur die Kommunistische Partei!

Ist das nicht Gaukelei und Schurkerei?

Das SPD-Pressereptil wird sentimental / Tatsachen zur Abkühlung

Die Volkszeitung überschlägt sich vor Entrüstung über unsere Enthüllung in der Brotpreisfrage. Sie räumt für diese Antwort auf unseren Angriff in der Sonnabendnummer die erste Seite ein, aber ihre „Antwort" ist keine Antwort. Sie ist nur „empört", weil wir ihr verbrecherisches Brotpreis-Spiel mit harten Worten festnagelten. Aber — und das ist wohl das Entscheidende — sie geht mit keinem Wort auf die Frage ein, weshalb die Volkszeitung die Ablehnung des KPD-Antrages auf sofortige Reichstagseinberufung billigte und dazu noch als „Grund" angab, die Reichstagseinberufung würde zu lange Zeit in Anspruch nehmen . . . Herr Brüning würde von sich aus einen schnelleren Weg zur Brotpreissenkung einschlagen. Das ist das eine!

Wir stellten hierzu fest, daß nach 11 Tagen — keine Brotpreissenkung, wohl aber an einigen Stellen im Reich sogar weitere Brotpreiserhöhungen eingetreten sind. Die Volkszeitung bringt nicht einmal eine Andeutung über diese Feststellungen, geschweige denn eine Antwort.

Zum zweiten: Nachdem die Reichstagseinberufung, wohlgemerkt, der kommunistische Antrag, von der SPD abgelehnt worden war und man die Massen auf Herrn Brüning vertröstet hatte, begann 11 Tage später der SPD-Vorstand „Ermahnungen" an den Notverordnungskanzler zu richten. Es hatte sich nämlich herumgesprochen, für wen die schnellere Arbeit des Brüningkabinetts geleistet worden war, die die Volkszeitung gegenüber dem „umständlichen" KPD-Antrag gepriesen hatte. Die Volkszeitung hatte durch die sanfte „Mahnung" sich selbst entlarvt, gleichzeitig aber war diese „Mahnung" an Stelle der Reichstagseinberufung ebenfalls ein glatter Betrug an den Parteimitgliedern, denn während man für Herrn Brüning das Parlament ausschalten hilft, umgibt man sich mit dem Heiligenschein des „Volksvertreters". Das ganze ist nur ein Glied in der neuen Kette der Verbrechen am Volke, die die SPD durch die Stützung Brünings um den Hals der Massen legt.

Hinter diesem Gaukelspiel lauert bereits das neue Verbrechen: Die kommende Notverordnung. . . . Auch sie soll ohne öffentliche Stellungnahme dem Volke aufgezwungen werden — auch das ist mit den SPD-Führern abgekartet! Die KPD-Presse hat dieses Manöver enthüllt. Sie hat sogar die Bourgeoispresse durch ihre Enthüllungen gezwungen, das Vorhandensein zuzugeben. Dabei wurde einwandfrei (von der SPD-Führung unwidersprochen!) festgestellt, daß lediglich aus taktischen Gründen, und um dem SPD-Parteivorstand den Betrug an den Mitgliedern auf dem Leipziger Parteitage zu erleichtern, Herr Brüning die Verkündung der Notverordnung bis nach dem Stattfinden dieses Parteitages verschoben hat! Hier tritt ein das Hand-in-Hand-Arbeiten Brünings mit den SPD-Führern ganz deutlich hervor.

Dieselben SPD-Führer, die in der Presse einen „Kampf" gegen den Brotwucher vorgeben, und einen prominenten Parteigenossen als rechte Hand des Großagrariers Schiele arbeiten lassen, die im Sächsischen Landtag aus Furcht vor der restlosen Entlarvung zunächst nur Herrn Schiele, dann sogar auch Herrn Brüning als Arbeiterfeinde „anprangern", deren Reichstagsfraktion jedoch den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Unterernährungsminister Schiele ablehnte, diese SPD-Führer wagen es, sich zu „empören", wenn wir ihr Schandtaten Gaukelspiel und Schurkerei nennen! Nichts kann kennzeichnet die Skrupellosigkeit dieser Führer besser, als diese dumme und durch unwahrhaftige „Empörung"!

Wenn es der Volkszeitung besonders unangenehm ist, daß wir ihre Entlarvung verbinden mit einem brüderlichen Appell an die SPD-Arbeiter, dann können wir das verstehen. Aber auch die SPD-Proleten werden erkennen können, daß wir gewillt sind, mit ihnen gemeinsam alles zu bekämpfen, was alle Arbeiter bedrückt. Ihnen reichen wir die Bruderhand, denn sie haben nichts mit diesem Gaukelspiel und den Schurkereien der SPD-Führer zu tun, sie sind und bleiben unsere Klassengenossen, mit denen wir in einheitlicher Front die Brüning-Schiele-Diktatur mit samt ihren Trabanten niederringen werden!

Ueber 1 Million Wohlfahrtserwerbslose

Das Wahrzeichen der Brüning-Diktatur

Nach den neuesten Feststellungen der Bezirksfürsorgeverbände belief sich die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen am 31. März auf 1 027 096 gegenüber 877 514 am 31. Dezember 1930. Im Laufe eines Vierteljahres ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen also um 17,3 Prozent oder um 149 582 Personen gestiegen. In Sachsen erhöhte sich die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen von 124 242 im Februar auf 147 994 Ende April, gleich 19 Prozent. Bedenkt man, daß in den Monaten April und Mai noch weitere Zehntausende Erwerbslose aus der Krisenfürsorge ausgeschieden sind, so erhält man ein Bild des furchtbaren Grauens, des Hungers, der Not, der wachsenden Verelendung der breiten Volksmassen.

Aber dieses Millionenheer der Hungernden genügt den deutschen großkapitalistischen Ausbeutern noch nicht. Durch die kommenden Brüningschen Diktaturverordnungen soll die **Krisenfürsorge überhaupt abgeschafft**, und damit mit einem Schlage annähernd **500 000 Erwerbslose jeglicher Unterstützung beraubt** werden.

Aber glaubt die Brüning- und Schiech-Regierung, glauben die sozialdemokratischen Bürgermeister, Stadträte und Polizeipräsidenten, daß Millionen Erwerbslose freiwillig verhungern werden? Es gibt keine Zwangsjacken, in die man hungrige Magen pressen kann. Diejenigen, die den Hunger organisieren, die das Volk bei vollen Scheunen verhungern lassen, die die Preise durch Wucherzölle in die Höhe treiben, die die Unterstützungen abbauen und die Steuern ins Unermeßliche erhöhen, mögen sich klar sein, daß das Millionenheer der Erwerbslosen im Kampf um Arbeit und Brot sich auf die **Sympathien der gesamten deutschen Arbeiterklasse** stützt. Sie mögen sich klar sein, daß es **eine Kommunistische Partei** gibt, die den Kampfwillen der Arbeiterklasse zusammenfaßt und die Arbeiterklasse führt an Hand vieljähriger Kampferfahrungen. **Die Kommunistische Partei schmiedet die Einheitsfront aller Hungernden in Stadt und Land zur Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit.**

Tschechische Gendarmerie feuert auf Arbeiter!

Preßburg, 27. Mai. (Eig. Drahtmeldung)

Am zweiten Pfingstfeiertag kam es in der Tschechoslowakei in dem Ort Kosuty, östlich von Preßburg, zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und Gendarmerie, wobei 4 Arbeiter getötet, 5 schwer und eine große Anzahl leicht verletzt wurden. Ferner wurden 7 Gendarmen durch Steinwürfe und Messerstiche verletzt.

Am 25. Mai sollte in der Gemeinde Kosuty eine öffentliche Lederarbeiterversammlung stattfinden, die zu dem soeben beendeten **Lederarbeiterstreik** Stellung nehmen sollte. Sie wurde **im letzten Moment verboten.** Von der Gemeinde Hon kamen zu dieser Versammlung eine Gruppe Arbeiter mit dem Abgeordneten Major an der Spitze. Als die Arbeiter sich auf dem Marktplatz in Kosuty versammelten, bildeten **Gendarmen** eine Kette und **nahmen die Gewehre von den Schultern.** Der Abgeordnete Major ging zu dem kommandierenden Gendarmen und sprach kurz mit ihm. Darauf stürzten sich die **Gendarmen mit Gummiknüppeln, Gewehrkolben und Bajonetten auf ihn, so daß er schwer verletzt, bewußtlos auf der Erde liegen blieb.** Dann fiel sofort ohne besondere Aufforderung zum Auseinandergehen die erste Gendarmerie-Salve. Mehrere Leute stürzten schwer verwundet zur Erde. Die Demonstranten flüchteten, aber die **Gendarmerie feuerte noch mehrere Salven hinter ihnen her. Mehrere Verwundete und Tote stürzten zur Erde. Die Gendarmerie verfolgte die Flüchtenden weiter.** Der Genosse Major lag etwa 10 Minuten schwer verwundet und bewußtlos auf der Erde. Als sich Arbeiter ihm zu nähern versuchten, wurden sie von den Gendarmen mit den Worten vertrieben: **„Weg oder wir schießen!"** Nach den vorläufigen Feststellungen sind **drei Versammlungsteilnehmer** tot (zwei Landarbeiter und eine Arbeiterin). Drei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt ins Krankenhaus Trnnau geschafft, wo sie der **folgenden Nacht einer verstorben ist.** Die beiden anderen ringen mit dem Tod. Der Abgeordnete Major wurde von der Gendarmerie **in einem Auto nach einem unbekannten Ort abgeschleppt.** Am Abend wurden 300 Mann Gendarmerie in Kosuty zusammengezogen.